

Indikatoren A: Kontext des Schul- und Bildungswesens

Stefan Vogtenhuber, Thilo Siegle & Lorenz Lassnigg

A

Die Indikatoren zum Kontext des Schul- und Bildungswesens beschreiben Faktoren, die zwar außerhalb der Kontrolle der Akteure des Bildungssystems liegen, die aber wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des Bildungswesens haben und die Möglichkeiten der Bildungspolitik somit einschränken oder auch erweitern. Der Abschnitt beinhaltet Indikatoren zur Demografie, zum sozioökonomischen Hintergrund der Schüler/innen inklusive des Bildungsstands der Eltern und des Migrationshintergrunds und zu den staatlichen Bildungsausgaben vor dem Hintergrund der wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren.

Indikator A1 beschreibt die demografische Struktur und Dynamik Österreichs. Die Faktoren wirken sich sowohl auf die verfügbaren Ressourcen als auch auf die Bildungsnachfrage aus. Während in vielen europäischen Ländern die Bevölkerung schrumpft, wird für Österreich mittel- und langfristig mit einem Bevölkerungswachstum gerechnet, das hauptsächlich auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Damit wird auch eine weitere Verschiebung der Zusammensetzung der Schülerschaft einhergehen. Letztere wird im Indikator A2 thematisiert, der die familiäre und soziale Herkunft der Volksschulkinder beschreibt.

Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft steht in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten und Grenzen bildungspolitischer Planung und Gestaltung. Kennzahl A3 zeigt die Entwicklung der staatlichen Bildungsausgaben in Relation zur wichtigsten Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zum gesamten Bereich der öffentlichen Finanzierung, den Staatsausgaben. Die Klassifizierung der Indikatoren zum Bildungsetat als Kontextindikator ist allerdings nicht unumstritten. Die Festlegung der Höhe der Bildungsausgaben ist das Ergebnis von Verhandlungen der Akteure des Bildungssystems, der Regierung als Ganzes und der Vertreter der verantwortlichen Ministerien. Bildungsausgaben könnten daher als Inputindikator angesehen werden. Ausschlaggebend für die Einteilung als Kontextindikator ist, dass die Höhe des gesamten Budgets und der Staatseinnahmen nicht durch Akteure des Bildungssystems kontrolliert wird und damit eine äußere Begrenzung darstellt, an der sich alle weiteren bildungspolitischen Entscheidungen orientieren müssen.

Die den Grafiken zugrunde liegenden Daten des Kapitels A stehen in einer Excel-Arbeitsmappe online zur weiteren Verwendung zur Verfügung. Teilweise finden sich dort auch weiterführende Daten bzw. Ergänzungen, wie z. B. Standardfehler zu Berechnungen, die auf Stichproben beruhen. Dieses Kapitel steht im PDF-Format online zur Verfügung.

Daten und Material: <http://dx.doi.org/10.17888/nbb2015-1-A-dat.2>

Kapitel A: <http://dx.doi.org/10.17888/nbb2015-1-A.2>

Diese URL und die entsprechenden DOI-Nummern sind dauerhaft eingerichtet und stehen unbefristet zur Verfügung.

A1 Demografische Entwicklung

Die demografische Struktur und Dynamik ist ein wichtiger Kontextfaktor des Bildungswesens und wirkt sich mit den wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen auf die verfügbaren Ressourcen aus. Die Bildungsnachfrage wird wesentlich von der Bevölkerungsentwicklung bestimmt, insbesondere im schulpflichtigen Alter. Die geplante Umsetzung der Initiative „AusBildung bis 18“ wird die Bildungsbeteiligung im Sekundarschulbereich weiter erhöhen (vgl. Steiner, Pessl & Bruneforth in Band 2). Das Bevölkerungswachstum in Österreich hält nicht nur an, die Prognosen werden laufend nach oben korrigiert. Tabelle A1.a gibt einen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen zur Bevölkerungsprognose. Ihr zufolge werden spätestens im Jahr 2025 mehr als 9 Mio. Menschen in Österreich wohnen. Die vorausgesagte Entwicklung ist von leicht steigenden Geburtenzahlen sowie einer leicht steigenden Gesamtfertilitätsrate gekennzeichnet, wobei das durchschnittliche Fertilitätsalter bis 2030 auf über 32 Jahre ansteigen soll. Das Wachstum ist aber vor allem von der Zuwanderung geprägt. Im Zuge der aktuellen Situation im Nahen Osten und in anderen Gebieten ist zumindest kurzfristig von einer höheren Zuwanderung auszugehen, als in der Bevölkerungsprognose 2014 vorausgesagt. Das darin prognostizierte Wanderungssaldo für das Jahr 2015 von knapp 53.000 wird jedenfalls überschritten werden. Die Aussagekraft mittel- bis langfristiger Prognosen ist aufgrund der derzeitigen Flüchtlingsdynamiken und der noch mangelhaften Datenlage dazu begrenzt.

A1.1 Entwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen

In Abbildung A1.a ist die Bevölkerungsentwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen zwischen 1990 und 2030 ersichtlich (im linken Teil in absoluten Zahlen und im rechten Teil jeweils zur Basis des Jahres 2014 = 100). Aktuell sind alle betrachteten Altersgruppen deutlich kleiner als im Jahr 1990. Der Einbruch bei den Geburtenzahlen Anfang der 1970er Jahre spiegelt sich im starken Rückgang der 20- bis 29-Jährigen im Laufe der 1990er Jahre wider. Die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen hat sich zwischen 1990 und 2014 von mehr als 1,3 Millionen auf etwas über 1,1 Millionen verringert. Relativ stark geschrumpft ist auch die Zahl der Kinder im Volksschulalter, die seit 1990 von 372.000 auf 324.000 im Jahr 2014 zurückgegangen ist.

Mittelfristig
leichter Zuwachs an
schulpflichtigen
Kindern erwartet

Bis 2030 wird für die jüngeren Jahrgänge wieder ein Wachstum erwartet, während die Trendumkehr die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen bis zum Jahr 2030 noch nicht erreicht haben soll. Bei den 15- bis 19-Jährigen ist bis zum Jahr 2018 ein Rückgang von rund 10 % zu erwarten und die Trendumkehr soll hier um das Jahr 2025 einsetzen.

Das prognostizierte Wachstum der Bevölkerung im Pflichtschulalter bedeutet, dass bei gleichbleibenden Klassengrößen und Betreuungsverhältnissen der Ressourcenbedarf in Zukunft entsprechend steigen würde. Dies ist insbesondere in den Ballungsräumen von Bedeutung, auf die sich das Bevölkerungswachstum konzentriert und in denen die durchschnittlichen Klassengrößen deutlich höher sind als in weniger dicht besiedelten Gebieten (vgl. Indikator B5). Will man die finanziellen und personellen Ressourcen nicht entsprechend der demografischen Entwicklung anpassen, müssten die Betreuungsverhältnisse entsprechend angepasst werden, d. h. die Zahl der Schüler/innen pro Lehrkraft müsste steigen.

Es zeichnet sich ab, dass der derzeitige Zuzug jugendlicher Asylsuchender stärker ist als erwartet und dazu führen könnte, dass der erwartete Rückgang in der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen nicht in diesem Ausmaß eintritt. Berücksichtigt man dazu die Initiative „Aus-



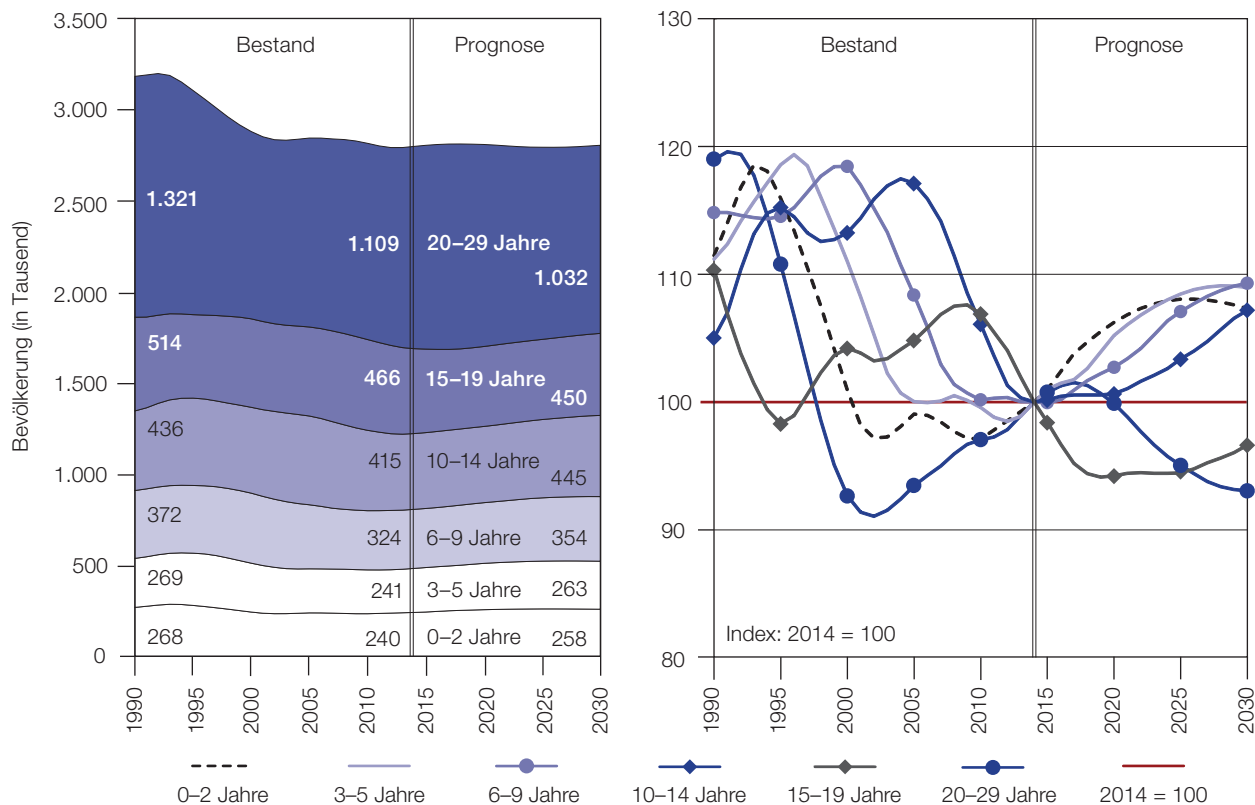
Tabelle A1.a: Demografische Maßzahlen im Zeitverlauf (1970 bis 2030)

Jahr	Geburten	Gesamt-fertilitätsrate	durch-schnittliches Fertilitätsalter	Lebens-erwartung (m/w)	Wanderungs-saldo	Bevölkerungs-veränderung	Bevölkerung (Jahresdurchschnitt)
1970	112.301	2,29	26,7	66.5 / 73.4	10.406	23.888	7.467.086
1975	93.757	1,83	26,3	67.7 / 74.7	-24.543	-26.827	7.578.903
1980	90.872	1,65	26,3	69.0 / 76.1	9.356	7.786	7.549.433
1985	87.440	1,47	26,7	70.4 / 77.3	5.641	3.503	7.564.984
1990	90.454	1,46	27,2	72.2 / 78.9	58.562	66.064	7.677.850
1995	88.669	1,42	27,7	73.3 / 80.0	2.080	9.578	7.948.278
2000	78.268	1,36	28,2	75.1 / 81.1	17.272	18.760	8.011.566
2005	78.190	1,41	29,0	76.6 / 82.2	44.332	47.333	8.225.278
2010	78.742	1,44	29,8	77.7 / 83.1	21.316	22.859	8.361.069
2015	80.774	1,44	30,6	79.1 / 84.2	52.535	54.948	8.593.804
2020	84.009	1,46	31,2	80.2 / 85.1	40.492	43.987	8.834.734
2025	84.796	1,48	31,7	81.2 / 85.9	33.845	35.964	9.032.417
2030	83.882	1,49	32,1	82.3 / 86.7	30.041	27.882	9.194.135

Anmerkung: Ab 2015 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Demografische Indikatoren, Wanderungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2014 [Hauptvariante]).

Abb. A1.a: Entwicklung der Bevölkerung nach bildungsspezifischen Altersgruppen (1990 bis 2030)



Anmerkung: Ab 2015 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2014 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

Bildung bis 18“, dann könnte kurz- bis mittelfristig der Bedarf sogar steigen. Vor allem die berufsbildenden Pflichtschulen könnten hier mit einer höheren Zahl an (außerordentlichen) Schülerinnen und Schülern konfrontiert sein.

Jedenfalls geht die aktuelle Entwicklung mit besonderen pädagogischen Herausforderungen im Umgang mit sprachlicher und kultureller Heterogenität einher. Trotz der vielfachen Schwierigkeiten, die derzeit sogar kurzfristig mit demografischen Prognosen verbunden sind, werden sich in den nächsten Jahren die demografischen Voraussetzungen für die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens unterschiedlich entwickeln. Die zu beobachtenden hohen Wanderungsbewegungen erfordern eine hohe Flexibilität des gesamten Schulwesens und der Bildungspolitik, die sich auf die sich rasch ändernden Rahmenbedingungen einstellen müssen.

Der rechte Teil von Abbildung A1.a zeigt, dass die demografische Entlastung der Primarstufe und der unteren Sekundarstufe vorbei ist. Sind die Gruppen im vorschulischen Alter bereits in den vergangenen Jahren gewachsen, so steigt auch die Zahl der Volksschüler/innen derzeit bereits wieder an. Der Rückgang in der Gruppe der 10- bis 14-Jährigen ist seit 2013 beendet und mit einem vorerst leichten Anstieg wird ab 2017 gerechnet.

A1.2 Demografische Entwicklung nach Bundesländern und Altersgruppen – Entwicklungslinien und Prognosen bis 2030

Anhaltend starkes
Wachstum der
schulpflichtigen
Bevölkerung in Wien ...

Betrachtet man die demografische Entwicklung der Personen im schulpflichtigen Alter nach Bundesländern (6- bis 14-Jährige, siehe Abbildung A1.b), so sticht Wien heraus. Im Unterschied zu den übrigen Bundesländern wächst hier diese Altersgruppe im Beobachtungszeitraum stetig. So war im Jahr 1990 die Bevölkerung dieses Alters fast 20 % kleiner als 2014 und bis ins Jahr 2030 wird ein weiteres Wachstum von rund 25 % erwartet. Damit wird in der Bundeshauptstadt bis 2030 ein Wachstum von fast 50 % gegenüber von 1990 erwartet. Analog dazu wird die Zahl der Schüler/innen in Wien steigen, wobei der Anstieg aufgrund der Zuwanderung auch noch deutlich stärker ausfallen könnte.

In den anderen Bundesländern gab es im Jahr 2014 zum Teil deutlich weniger schulpflichtige Personen als im Jahr 1990. Die künftige Entwicklung ist von einer relativ stabilen Seitwärtsbewegung in den meisten Ländern geprägt. In einigen Ländern wird im Jahr 2030 nach einer kurz- bis mittelfristig rückläufigen Tendenz das Niveau von 2014 wieder erreicht bzw. leicht überschritten sein (Salzburg, Vorarlberg, Steiermark) oder bis zu 10 % darüber sein (Niederösterreich, Tirol, Oberösterreich, Burgenland).

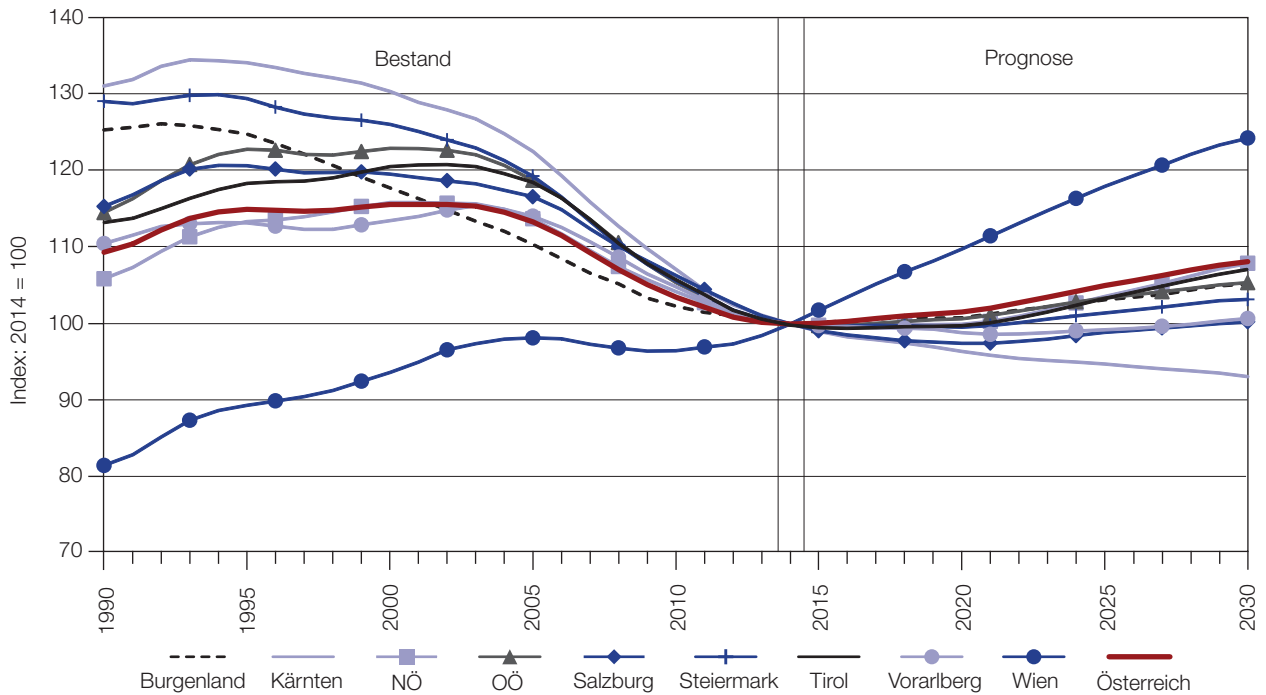
... während sich der
Rückgang in Kärnten
fortsetzt

In Kärnten hingegen war der Rückgang bis 2014 am stärksten ausgeprägt und die weiteren Aussichten deuten darauf hin, dass die Bevölkerung in diesem Alter stetig weiter schrumpft, wenngleich etwas langsamer als zwischen 2000 und 2014. Im Jahr 2030 wird erwartet, dass die schulpflichtige Altersgruppe in Kärnten um rund 40 % kleiner ist als zu Beginn der 1990er Jahre.

Ein ähnliches Muster zeigen die länderspezifischen Bevölkerungsentwicklungen in der Gruppe im weiterführenden Schul- und Hochschulalter (Abbildung A1.c). Im Unterschied zur schulpflichtigen Altersgruppe setzt sich der Rückgang in dieser Altersgruppe im Prognosezeitraum im Bundesdurchschnitt und in fast allen Bundesländern fort. Bis zum Jahr 2030 sind mit Ausnahme von Wien in allen Ländern Rückgänge in dieser Gruppe zu erwarten. Bis zum Jahr 2030 wird für die Wiener Bevölkerungsgruppe der 15- bis 29-Jährigen ein Wachstum von 8 % erwartet, während diese Altersgruppe im gesamten Bundesgebiet bis dahin um rund 6 % schrumpfen soll. In Kärnten, wo diese Bevölkerungsgruppe zwischen 1990 und 2014 bereits um mehr als 40 % geschrumpft ist, soll der künftige Rückgang mit fast 20 % auch in dieser Gruppe am stärksten ausfallen. Mehr als 10 % sollen die künftigen Bevölkerungsverluste in dieser Altersgruppe in der Steiermark und in Oberösterreich ausmachen. Im Burgenland, wo der Rückgang bis 2014 fast so hoch war wie in Kärnten, soll die weitere Entwicklung dagegen moderater sein.



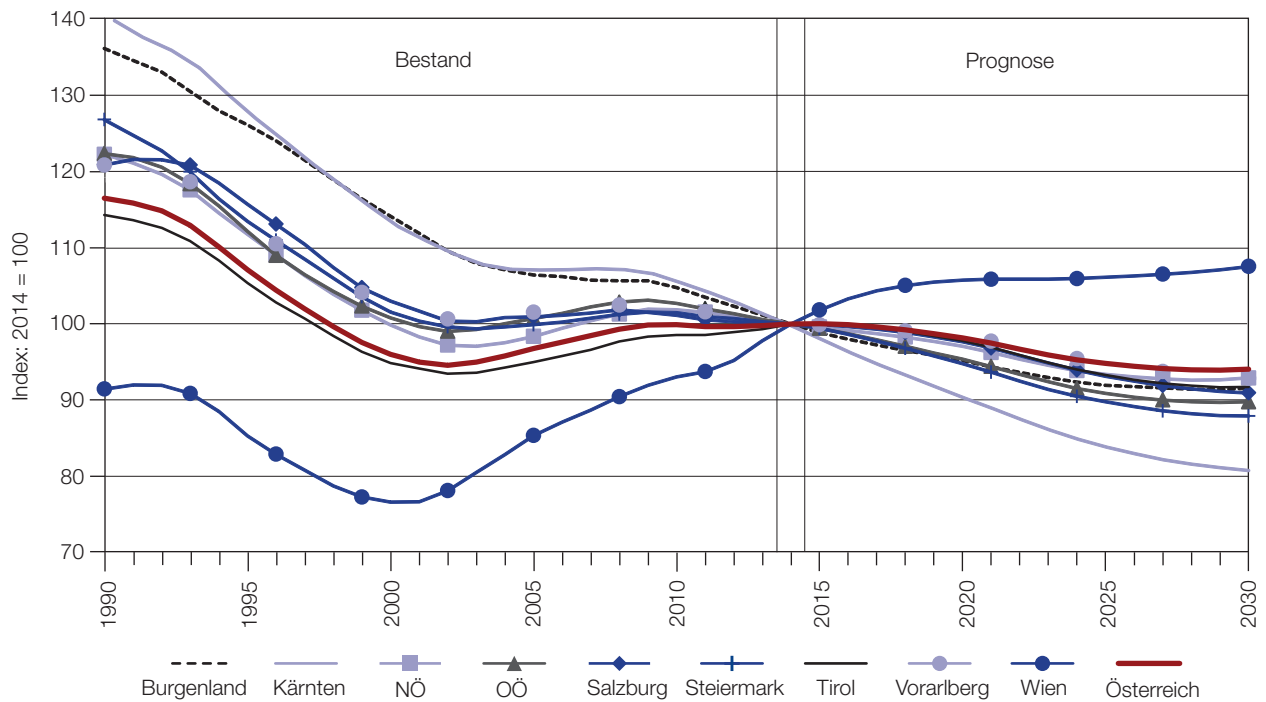
Abb. A1.b: Entwicklung der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (6 bis 14 Jahre) nach Bundesland (1990 bis 2030)



Anmerkung: Ab 2015 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2014 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.c: Entwicklung der Bevölkerung im weiterführenden Schul- und Hochschulalter (15 bis 29 Jahre) nach Bundesland (1990 bis 2030)



Anmerkung: Ab 2015 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2014 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

A1.3 Zuwanderung, ausländische Bevölkerung und Migrationshintergrund

Das Bevölkerungswachstum in Österreich hängt eng mit der Zuwanderung zusammen, auch wenn die Geburtenzahl und die Lebenserwartung leicht steigen. Der Großteil der Wanderungen findet innerhalb der EU statt, wobei sich der Schwerpunkt auf die 13 neuen EU-Staaten (Beitritte ab 2004) verlagert hat (Abbildung A1.d). 66.000 Staatsbürger/innen dieser Länder sind im Jahr 2014 nach Österreich gezogen und 29.000 haben das Land verlassen, was zu einem Wanderungssaldo von 37.000 geführt hat. Wanderungsbewegungen zwischen den „alten“ EU-Ländern und Österreich sind im Vergleich deutlich geringer und ausgeglichener, hier stehen 29.000 Zugezogenen 19.000 Weggezogene gegenüber.

Bürger/innen der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien und Kroatien) sowie der Türkei sind dagegen nur für einen kleinen Teil der Wanderungsbewegungen verantwortlich. Insgesamt beträgt der Wanderungssaldo hier nur rund 7.000 Personen. Den zweithöchsten Wanderungssaldo in Österreich haben Angehörige anderer Staaten, wobei syrische Staatsbürger/innen mit rund 7.400 Personen im Jahr 2014 die größte Gruppe ausmachen, gefolgt von Afghanen mit 3.100 Personen.

Der Wanderungssaldo von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft ist negativ, hier stehen 16.000 Zuziehenden 21.000 Wegziehende gegenüber.

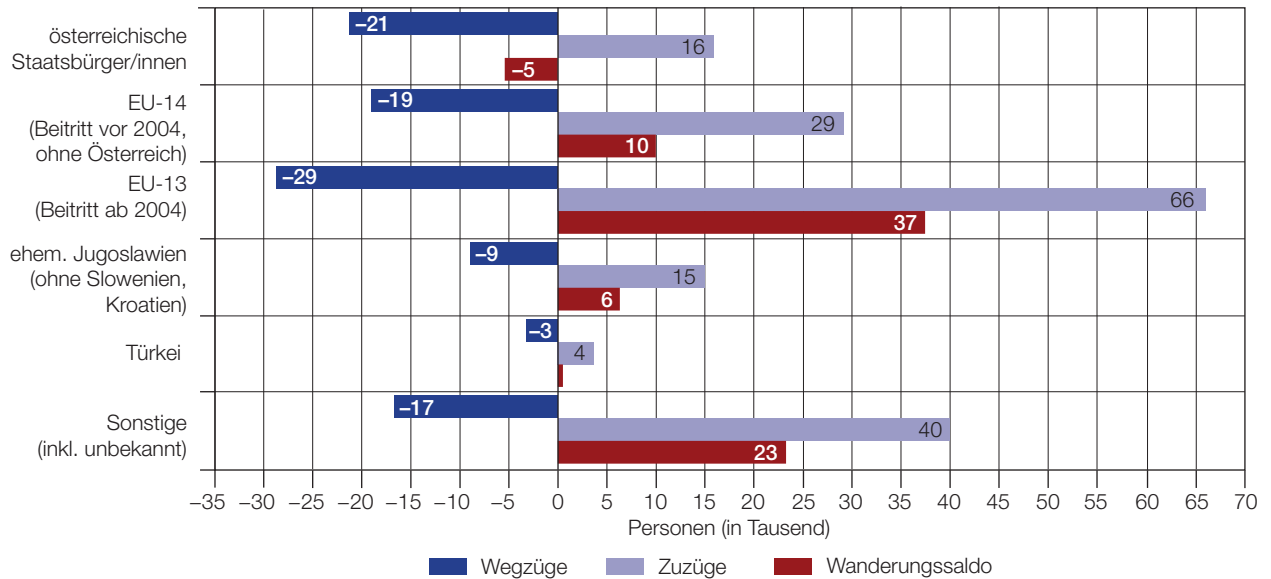
Der Anteil an Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft betrug zum Jahresbeginn 2015 etwas mehr als 13 % (Abbildung A1.e). Rund die Hälfte davon entfällt auf Personen aus anderen EU-Ländern. 3,1 % besitzen eine Staatsbürgerschaft des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien und Kroatien), 1,3 % haben die türkische Staatsbürgerschaft und die restlichen 2,3 % entfallen auf andere europäische Staaten (0,5 %) sowie Länder anderer Kontinente (1,8 %).

Anteil mit
Migrationshintergrund
regional sehr
unterschiedlich

Statistiken auf Basis der Staatsbürgerschaft unterschätzen den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund substantiell. Daher werden in der Bildungsstatistik andere Eigenschaften, wie das Geburtsland der Eltern oder die gesprochene Sprache berücksichtigt (vgl. Indikatoren A2, B2). Auf Basis des Geburtsorts einer Person bzw. ihrer Eltern kann der Migrationshintergrund einer Person bestimmt werden. Personen, die selbst und deren beide Elternteile in einem anderen Land geboren wurden, bezeichnet man als Migrantinnen und Migranten der ersten Generation. Sind nicht sie selbst, aber beide Elternteile im Ausland geboren, so spricht man von der zweiten Generation. Insgesamt haben etwas mehr als ein Fünftel der in Österreich lebenden Personen Migrationshintergrund, wobei 15 % der ersten Generation angehören und weitere 5 % der zweiten Generation (Abbildung A1.f). In der Großstadt Wien ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund rund doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Aufgrund der dominanten ländlichen Prägung in den anderen Bundesländern ist der Anteil an Migrantinnen und Migranten hier zum Teil deutlich niedriger und bewegt sich zwischen rund 11 % bzw. 12 % (Kärnten, Burgenland, Steiermark) und knapp 25 % in Vorarlberg. Aber auch in den eher ländlich geprägten Bundesländern ist der Anteil der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund in den Ballungsräumen zum Teil deutlich höher. Der relativ hohe Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Alltagssprache in den größeren Städten führt zu regional unterschiedlichen pädagogischen Rahmenbedingungen (vgl. Indikatoren A2, B2).

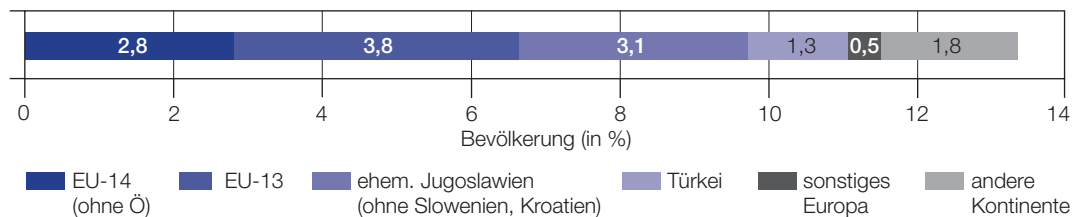


Abb. A1.d: Zu- und Wegzüge nach Staatsbürgerschaft (2014)



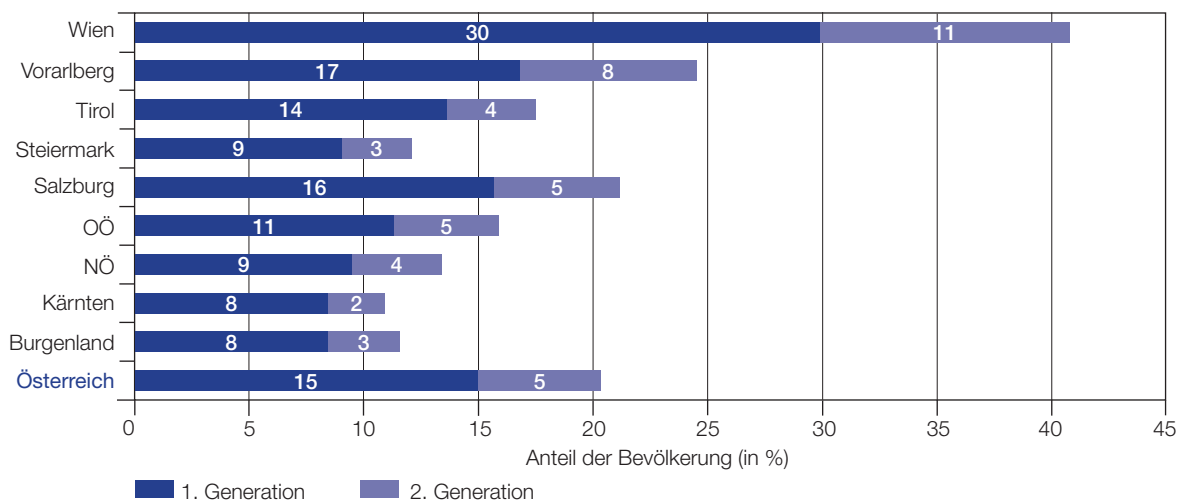
Quelle: Statistik Austria (Wanderungsstatistik). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.e: Anteil ausländischer Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft (Jahresbeginn 2015)



Quelle: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.f: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesland (Jahresdurchschnitt 2014)



Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung). Darstellung: IHS.

A2 Der sozioökonomische Hintergrund der österreichischen Schüler/innen

Die familiäre und soziale Herkunft von Kindern ist ein wesentlicher Kontextfaktor der Schule. In Österreich besteht ein starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg (vgl. Indikator D7). Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, niedrigem sozioökonomischem Status oder Bildungsniveau haben häufig eine schlechtere Ausgangslage, um in der Schule erfolgreich zu sein. Ihre Familien sind oft weniger mit dem schulischen System und dessen Inhalten vertraut und weniger in der Lage Schulwegsentscheidungen zu unterstützen. Insbesondere sind Schwächen in der Unterrichtssprache ein Risiko für den Schulerfolg.

Die Überprüfung der Bildungsstandards liefert belastbare Daten zur familiären Herkunft und zum Sprachgebrauch der Volksschulkinder.

A2.1 Bildungshintergrund der Eltern

Die Bildungsherkunft der Volksschulkinder, durch den höchsten Bildungsabschluss der Eltern operationalisiert, gilt als Indikator der Bildungsnähe der Familie. Man nimmt an, dass sie deren kulturelle und kommunikative Praxis prägt. Die Bildungsherkunft (Abbildung A2.a) der Schüler/innen unterscheidet sich vom Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung. Die meisten Eltern sind jünger und somit häufig besser ausgebildet als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies gilt insbesondere für den Vergleich der Eltern mit Migrationshintergrund mit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Fast jede/r zweite
einheimische
Volksschüler/in hat Eltern
mit mindestens Matura

Mit dem Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung sinkt der Anteil jener Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss. Auf der 4. Schulstufe haben 48 % der Kinder einheimischer Eltern mindestens einen Elternteil mit Matura oder höherem Abschluss und nur 4 % haben Eltern mit lediglich Pflichtschulabschluss.

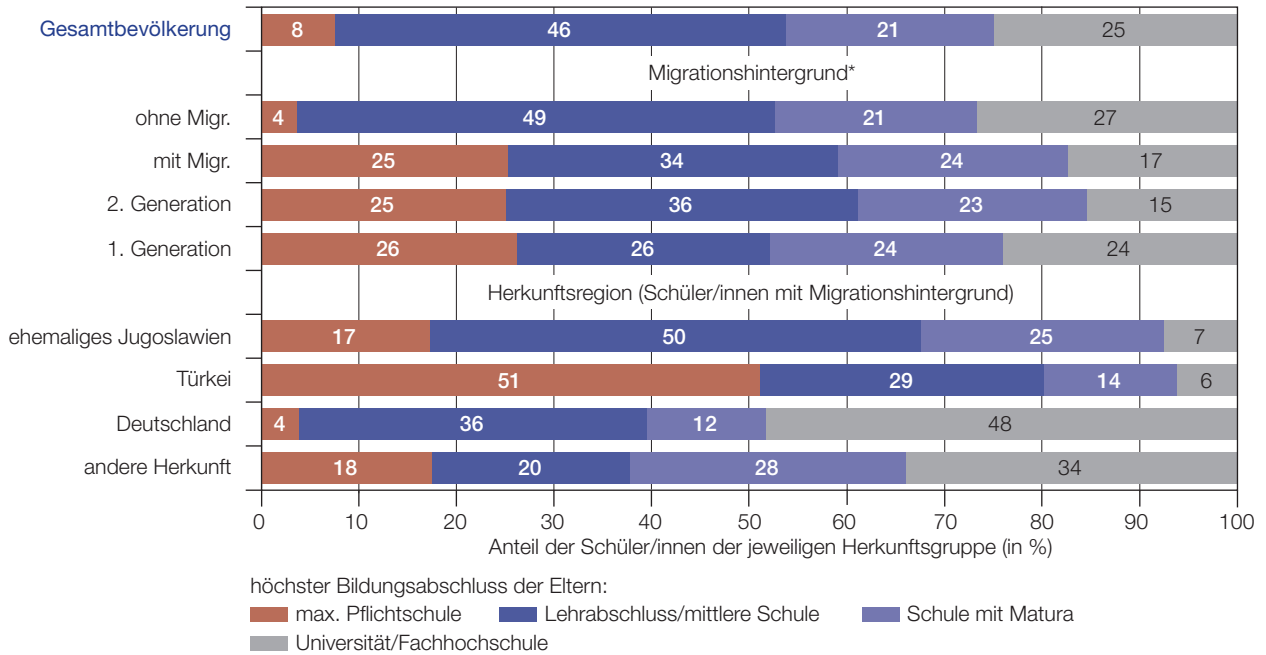
Der Bildungsstand der zugezogenen Eltern ist im Mittel geringer, allerdings auch sehr heterogen. Während Eltern aus Deutschland sich beim Pflichtschulabschluss nicht von Eltern ohne Migrationshintergrund unterscheiden, haben Schüler/innen mit türkischen Wurzeln zu 51 % Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss. In Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien und im Mittel in anderen Herkunftsländern ist diese Quote mit 17 % bis 18 % ebenfalls deutlich höher als bei Eltern ohne Migrationshintergrund. Matura oder einen vergleichbaren Bildungsabschluss haben nur 20 % der türkischen Eltern und 32 % der Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Eltern aus Deutschland und im Mittel der anderen Herkunftsländer haben zu einem höheren Anteil Matura als einheimische Eltern.

Im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern der zweiten Generation haben die Eltern der Schüler/innen der ersten Generation häufiger Abschlüsse auf Hochschulniveau, da zunächst vorwiegend Gastarbeiter/innen mit niedrigem Bildungsabschluss zugewandert sind, später jedoch verstärkt EU-Bürger/innen mit einem im Schnitt höheren Bildungsniveau. Aufgrund der großen Heterogenität der Zugewanderten ist bei Vergleichen zwischen den Generationen Vorsicht geboten, wenn Details der Herkunft nicht berücksichtigt werden.

A2.2 Sozioökonomischer Status der Familien mit Schulkindern

Abbildung A2.b zeigt die Verteilung der Volksschulkinder nach der beruflichen Stellung der Familie, einem Indikator für den sozioökonomischen Status der Familie.

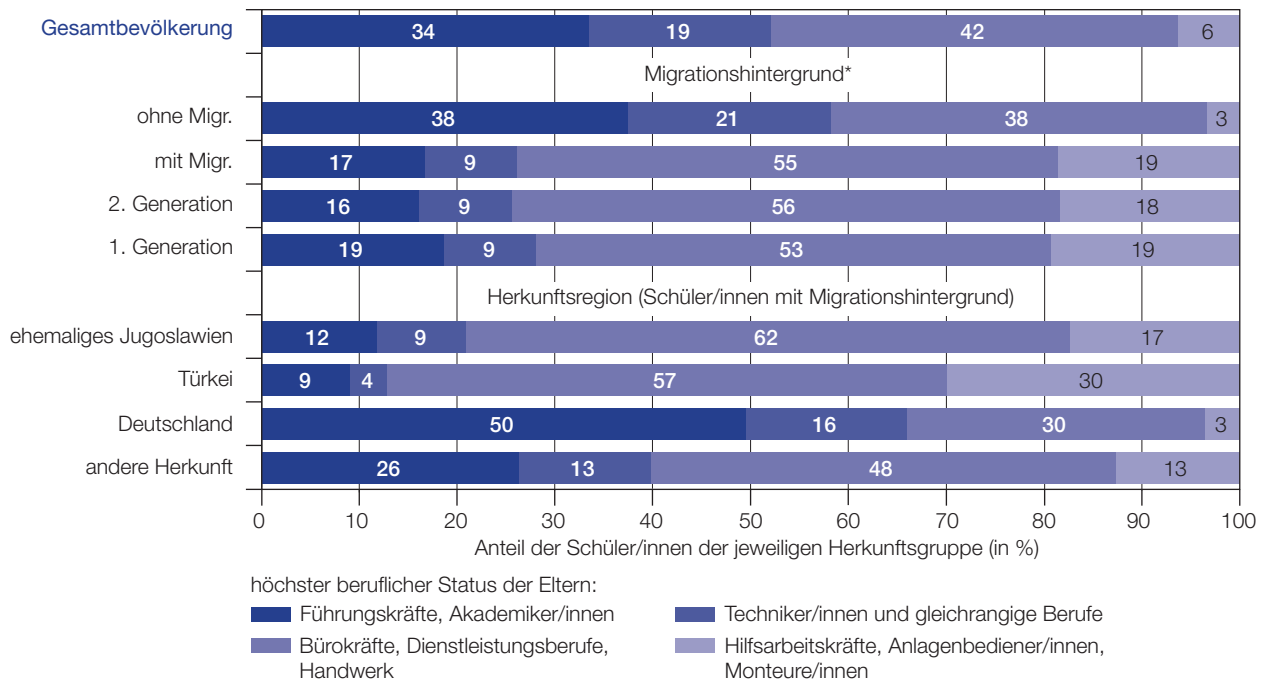
Abb. A2.a: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern und Migrationshintergrund (2013)



Anmerkung: Anteil fehlender Werte höchster Bildungsabschluss: 7,6 %. *exkl. Schüler/innen, deren Eltern in Deutschland geboren sind. Migrationshintergrund ist in der BIST-Ü dann gegeben, wenn beide Elternteile außerhalb von Österreich und Deutschland geboren wurden. Fehlt die Angabe zum Geburtsland eines Elternteils, wird auf Basis der anderen Angabe entschieden.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-M4).

Abb. A2.b: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach dem höchsten beruflichen Status der Eltern und Migrationshintergrund (2013)



Anmerkungen: Der berufliche Status wird aus der ISCO-08 abgeleitet. Im NBB 2012 beruht A2.b auf der älteren ISCO-88 und ist daher nicht direkt vergleichbar. Anteil fehlender Werte beruflicher Status: 1,9 %. *siehe Anmerkung Abbildung A2.a.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-M4).

Der Anteil der Eltern mit niedrigem Berufsstatus ist unter Migrantinnen und Migranten sechsmal so hoch wie bei einheimischen Familien

Österreichweit hat ein Drittel der Schüler/innen zumindest einen Elternteil in akademischer oder führender Position. Aus Familien mit niedrigem Berufsstatus stammen 6 % der Kinder. Die Verteilung des sozioökonomischen Status von Migrantinnen/Migranten unterscheidet sich sowohl von dem einheimischer Eltern als auch zwischen den Herkunftsgruppen.

Der Anteil der Familien mit niedrigem Berufsstatus liegt bei Kindern zugezogener Eltern bei 19 %, unter Kindern einheimischer Eltern ist dieser Anteil fast marginal. Eine höhere Stellung weisen im Mittel 17 % der zugezogenen Eltern auf, während 38 % der einheimischen Eltern in höherer Stellung tätig sind. Von den Schülerinnen und Schülern türkischer Herkunft haben 30 % Eltern mit niedrigem, aber nur 9 % Eltern mit höherer Berufsstellung. Eltern deutscher Kinder sind zu 50 % in höherer Stellung und wie Eltern österreichischer Kinder zu 3 % in niedriger Stellung tätig.

A2.3 Alltagssprache

Mehr als zwei Drittel der Schüler/innen mit Migrationshintergrund sprechen zu Hause sowohl Deutsch als auch ihre Herkunftssprache

Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist eine wesentliche Voraussetzung für den Schulerfolg. Mehrsprachige Kinder weisen nicht unbedingt Defizite in der Unterrichtssprache auf. Insbesondere wenn diese im häuslichen Umfeld gar nicht praktiziert wird, können die Kompetenzen in der Unterrichtssprache jedoch beeinträchtigt sein.

Auf der 4. Schulstufe kommen insgesamt 5 % der Schüler/innen aus Familien, in denen Deutsch keine Alltagssprache ist, weitere 23 % leben in mehrsprachigen Familien, in denen teilweise Deutsch gesprochen wird (Abbildung A2.c). Schüler/innen mit Migrationshintergrund sprechen zu 77 % zu Hause Deutsch, allerdings überwiegend mit 69 % neben einer weiteren Sprache. Die verbleibenden 23 % der Kinder dieser Gruppe sprechen in ihrer Familie kein Deutsch. Für im Ausland geborene Kinder ist dieser Anteil mit 31 % höher als für Kinder der zweiten Generation mit 20 %. Abgesehen von Kindern aus Deutschland bestehen zwischen den Herkunftsgruppen nur geringe Unterschiede bezüglich der Verwendung der deutschen Sprache zu Hause.

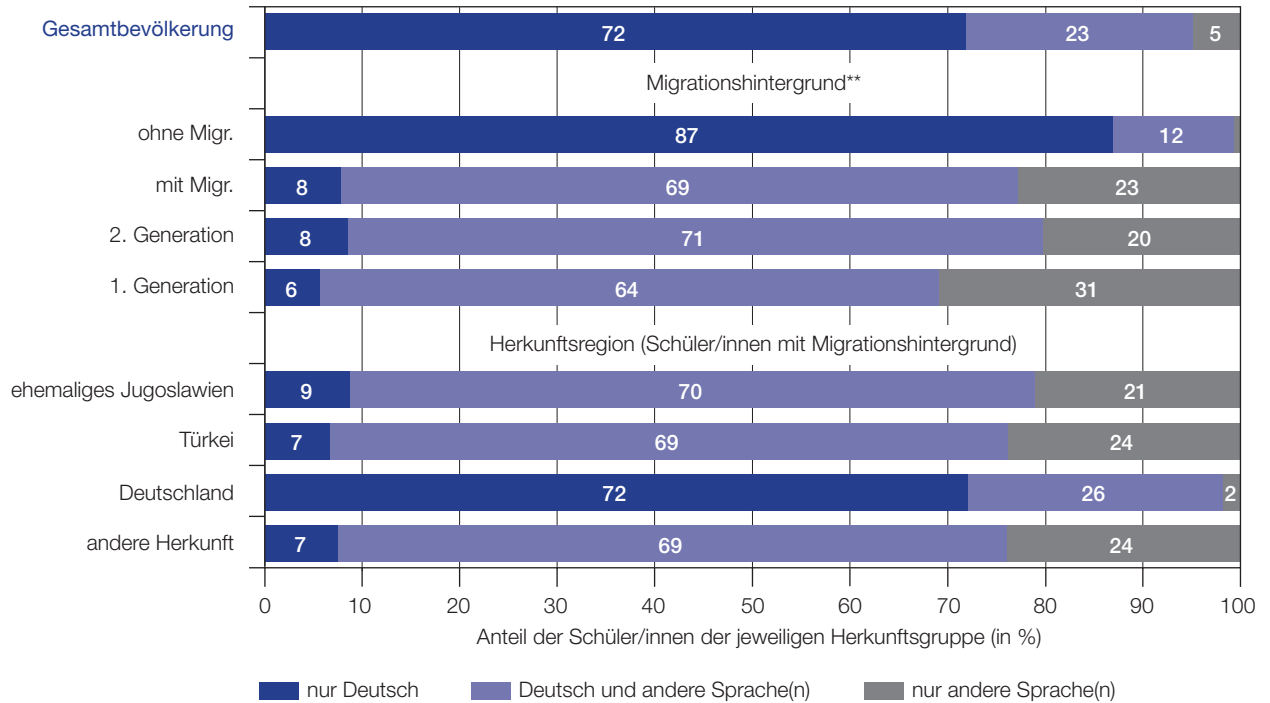
A2.4 Kumulation sozioökonomischer Risiken

Jedes dritte Kind mit Migrationshintergrund weist mehrere soziale Risikofaktoren zugleich auf

Etwa ein Viertel der Volksschulkinder gehört zu mindestens einer der drei sozialen Gruppen mit erhöhtem Bildungsrisiko: nichtdeutsche Muttersprache, bildungsferner Haushalt und/oder niedriger Berufsstatus der Eltern. Kinder, die mehreren potentiell benachteiligten Gruppen gleichzeitig angehören, sind stärker von den Folgen der Bildungsungleichheit bedroht. 7 % der Schüler/innen weisen zwei oder mehr Herkunftsrisiken auf, 1 % gehört allen drei Risikogruppen an. Mehrfachzugehörigkeit zu Risikogruppen ist im dünn besiedelten ländlichen Raum wesentlich seltener als im dicht besiedelten Umfeld, wo 12 % der Kinder mehrere Bildungsrisiken tragen, darunter 3 % alle drei Risiken.

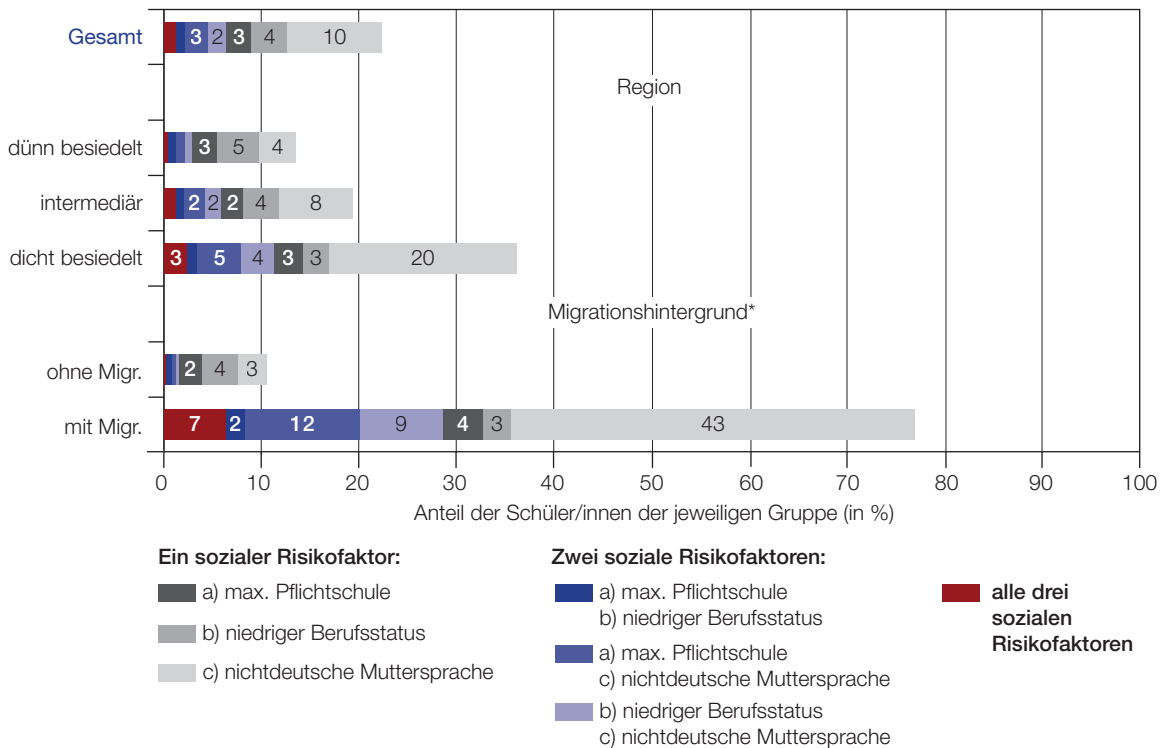
Von den Kindern einheimischer Eltern gehören 11 % der Kinder zu einer herkunftsbedingten Risikogruppe, die Anzahl der Kinder mit zwei Risikofaktoren ist mit 2 % gering. Ein Migrationshintergrund hingegen geht häufig mit mehr als einem Risikofaktor einher. Beinahe ein Drittel der Kinder dieser Gruppe weisen mehrere Risikofaktoren auf, 7 % alle drei. Typischerweise haben sie Deutsch nicht als Muttersprache und leben zugleich in bildungsfernen Familien und/oder solchen mit geringem Berufsstatus. Das erklärt zum Teil die ungünstigeren Leistungsergebnisse von Kindern mit Migrationshintergrund, wie sie in den Indikatoren des Kapitels D berichtet werden.

Abb. A2.c: Schüler/innen der 4. Schulstufe nach Migrationshintergrund und Alltagssprache* (2013)



Anmerkung: Anteil fehlender Werte Alltagssprache: 0,4 %. *die von dem Kind zu Hause gesprochene Sprache, **siehe Anmerkung Abbildung A2.a.
Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-M4).

Abb. A2.d: Anteil der Schüler/innen mit Ein- und Mehrfachrisikofaktoren nach Region



Anmerkung: Anteil fehlender Werte Risikofaktoren: 11,4 %. *siehe Anmerkung Abbildung A2.a.
Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-M4).

A3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben

Die Möglichkeiten und Grenzen bildungspolitischer Planung und Gestaltung sind von der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen abhängig. Kennzahl A3.1 zeigt die reale, d. h. inflationsbereinigte, Entwicklung der gesamten staatlichen Bildungsausgaben für das formale Bildungswesen vom vorschulischen Bereich bis zu den Universitäten und Fachhochschulen zwischen 2000 und 2013. Kennzahl A3.2 fasst die Stellung Österreichs in ausgewählten zentralen wirtschaftspolitischen Indikatoren der EU im Vergleich zum EU-Durchschnitt zusammen und stellt die Entwicklung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP im Vergleich zu anderen europäischen Ländern dar.

A3.1 Bildungsausgaben, Staatsausgaben und Bruttoinlandsprodukt

5,5 % des BIP und 10,9 %
der Staatsausgaben
werden für Bildung
aufgewendet

Für alle Bereiche der formalen Erstbildung vom Elementar- bis zum Tertiärbereich wurden vom Staat im Jahr 2013 insgesamt knapp 17 Mrd. Euro verausgabt (Tabelle A3.a). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Österreichs belief sich in diesem Jahr auf rund 307 Mrd. Euro, was einem BIP pro Kopf von 36.207 Euro entspricht (jeweils zu Preisen von 2010).¹ BIP und BIP pro Kopf sind im Jahr 2009 jeweils um rund 4 % im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Im Jahr 2010 lag die Wertschöpfung noch immer unter dem Niveau von 2008, das erst im Jahr 2011 wieder übertroffen wurde. Wegen des BIP-Rückgangs sprang die Staatsquote, d. h. der Anteil öffentlicher Ausgaben am BIP, von knapp 50 % im Jahr 2008 auf mehr als 54 % im Jahr 2009. Seit 2011 pendelte sich die Staatsquote bei rund 51 % ein. Die staatliche Finanzierung des Bildungswesens macht nach der nationalen Berechnung der Bildungsausgaben somit im Jahr 2013 rund 5,5 % des BIP und 10,9 % der Staatsausgaben aus.

Abbildung A3.a zeigt, dass seit 2000 bis zur Krise im Jahr 2008 die reale Entwicklung des BIP und der staatlichen Bildungsausgaben relativ parallel verlaufen ist. Im Jahr 2009 wurde der Gleichschritt unterbrochen: während das BIP schrumpfte, wuchsen die staatlichen Bildungsausgaben weiter an, sodass sich bis zum Jahr 2010 der Anteil der Bildungsausgaben am BIP auf 5,6 % erhöhte und seither etwa auf diesem Niveau blieb. Insgesamt war damit der Anstieg der Bildungsausgaben zwischen 2000 und 2013 stärker als das BIP-Wachstum und fast doppelt so hoch wie der Zuwachs beim BIP pro Kopf: Das reale Wachstum der staatlichen Bildungsausgaben betrug in diesem Zeitraum 29 %, während das BIP um 21 % und das BIP pro Kopf um 14 % gewachsen sind. Bis 2008 verlief die Entwicklung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP relativ konstant, d. h. der zunehmende Wohlstand verteilte sich anteilmäßig auf den Bildungsbereich. Seit 2009 ist der Anteil der Bildungsausgaben an der volkswirtschaftlichen Leistung um rund 7 % höher als 2000. Der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben hat sich seit den Krisenjahren um rund 6 % erhöht.

Die Höhe der aufgewendeten Mittel beeinflusst zwar die Möglichkeiten der Akteure und Akteurinnen des Bildungswesens, gibt jedoch keinerlei Auskunft über die Qualität der erbrachten Leistungen. Eine Steigerung der Bildungsausgaben führt nicht automatisch zu besseren Ergebnissen. Die Bewertung der Effektivität und Effizienz des Bildungswesens kann nur durch einen Vergleich der eingesetzten Ressourcen mit den erbrachten Leistungen unter Bezugnahme auf festgelegte Ziele erfolgen. Quantitativ messbare Größen spielen dabei eine wichtige Rolle, können jedoch nicht das gesamte Spektrum der Leistungserbringung abdecken.

¹ Zu aktuellen Preisen beliefen sich die staatlichen Bildungsausgaben im Jahr 2013 auf mehr als 17,8 Mrd. Euro, das BIP auf knapp 322,9 Mrd. Euro (2014: 329,3 Mrd.) und das BIP pro Kopf auf 38.090 Euro (2014: 38.540).

Tabelle A3.a: Staatliche Bildungsausgaben, Bruttoinlandsprodukt und Staatsausgaben in Österreich, zu Preisen von 2010 (2000 bis 2013)

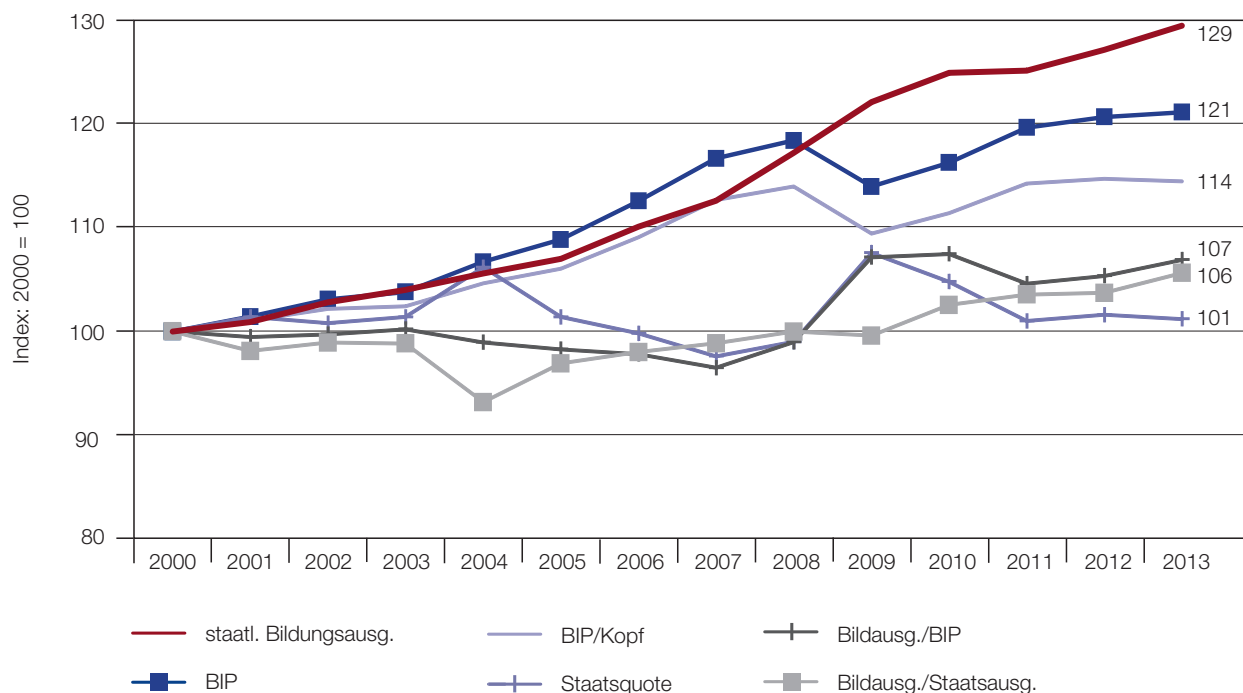
A

	staatliche Bildungsausgaben real (Mio. Euro)	BIP real (Mio. Euro)	BIP pro Kopf real	Staatsquote	Bildungsausgaben am BIP	Bildungsausgaben an Staatsausgaben
2000	13.102	253.503	31.641	50,3 %	5,2 %	10,3 %
2001	13.220	257.121	31.974	51,0 %	5,1 %	10,1 %
2002	13.467	261.319	32.333	50,7 %	5,2 %	10,2 %
2003	13.627	263.097	32.403	51,0 %	5,2 %	10,2 %
2004	13.831	270.442	33.102	53,4 %	5,1 %	9,6 %
2005	14.015	275.910	33.544	51,0 %	5,1 %	10,0 %
2006	14.424	285.308	34.507	50,2 %	5,1 %	10,1 %
2007	14.747	295.651	35.644	49,1 %	5,0 %	10,2 %
2008	15.350	300.031	36.053	49,8 %	5,1 %	10,3 %
2009	15.989	288.787	34.622	54,1 %	5,5 %	10,2 %
2010	16.361	294.627	35.240	52,7 %	5,6 %	10,5 %
2011	16.387	303.173	36.139	50,8 %	5,4 %	10,6 %
2012	16.647	305.743	36.287	51,1 %	5,4 %	10,7 %
2013	16.954	306.919	36.207	50,9 %	5,5 %	10,9 %

Anmerkung: Alle Angaben mittels OECD-BIP-Deflatoren auf das Preisniveau von 2010 umgewandelt.

Quellen: Statistik Austria (Bildungsausgabenstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Berechnungen: IHS.

Abb. A3.a: Reale Entwicklung der Basisindikatoren für Ausgaben (2000 bis 2013)



Quellen: Statistik Austria (Bildungsausgabenstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Berechnung und Darstellung: IHS.

A3.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Österreich gibt fast 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung aus

Bildung, Forschung und Innovation sind zentraler Bestandteil der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ und sollen wesentlich dazu beitragen, ein hohes Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen. Kernziele bis 2020 sind u. a. eine Beschäftigungsquote von 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sowie eine deutliche Ausweitung der bereitgestellten Mittel für Forschung und Entwicklung (F & E). Im Jahr 2020 sollen 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU für F & E aufgewendet werden. Dieses Ziel ist zumindest ehrgeizig, denn im Jahr 2013 verausgabten die EU-28 laut Eurostat insgesamt 2,03 % ihres BIP für F & E. Damit ist man dem Ziel seit dem Jahr 2010, in dem es von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde, nur wenig näher gekommen, denn da lag die Quote mit 1,93 % nur wenig unter dem Niveau von 2013. Österreich hat seine F & E-Ausgaben seit 2000 und insbesondere in der ersten Hälfte der 2000er Jahre relativ stark erhöht (absolut und im Vergleich zum EU-Durchschnitt). 2013 wendete Österreich mit 2,96 % des BIP deutlich mehr auf als die EU im Durchschnitt (vgl. relative Darstellung in Abbildung A3.b, EU-28 = 100). Das nationale Ziel bis 2020 ist jedenfalls auch als ehrgeizig einzuschätzen, es liegt mit 3,76 % des BIP um einen Prozentpunkt über dem Wert von 2010.

Österreichs BIP pro Kopf liegt deutlich und stabil über dem Durchschnitt der EU-28. Der Anteil des BIP, der in Österreich für Bildung ausgegeben wird, ist dagegen nur leicht überdurchschnittlich und nähert sich im Zeitverlauf tendenziell dem EU-Durchschnitt an. Die Erwerbsquote der 20- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung, ein Leitindikator der Europa-2020-Strategie, betrug im Jahr 2013 in Österreich 74,6 % (2014: 74,2 %) und lag damit knapp 10 % über dem EU-Durchschnitt. Das EU-Ziel bis 2020 wurde auf 75 % festgesetzt, das österreichische Ziel auf 77 %. Die überdurchschnittliche Erwerbsquote der 20- bis 64-Jährigen in Österreich geht einher mit einer unterdurchschnittlichen Erwerbsquote der Älteren (55 bis 64 Jahre), obwohl hier in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre eine Annäherung an den EU-Durchschnitt erreicht wurde.

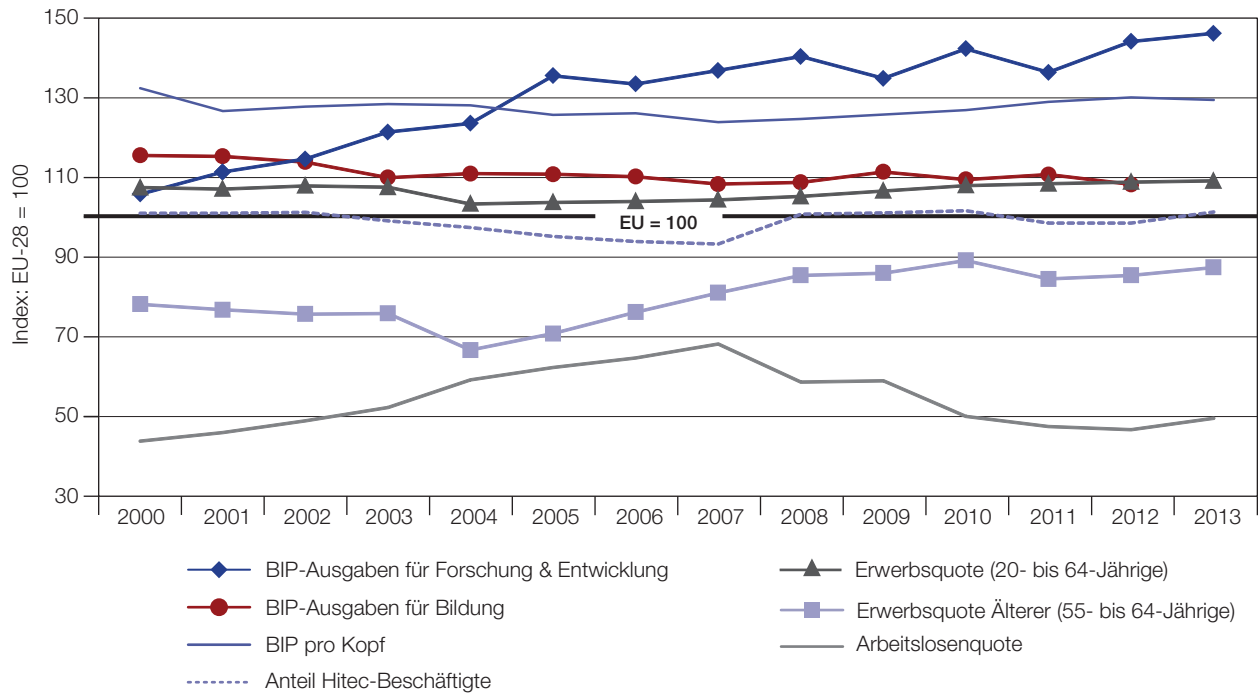
Arbeitslosigkeit in Österreich relativ niedrig, Ausblick ungünstig

Trotz der aktuell angespannten Arbeitsmarktlage hat sich die Situation Österreichs im Verlauf der Krisenjahre relativ zur EU gesehen positiv entwickelt. Während die nationale Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2007 auf fast 70 % des EU-28-Werts angestiegen ist, sank dieser Wert danach wieder und betrug im Jahr 2013 rund 50 %. Damit liegt der Wert des Jahres 2013 nur leicht über jenem des Jahres 2000. Aktuell entwickelt sich der Arbeitsmarkt allerdings wieder ungünstiger als im EU-Durchschnitt.

Abbildung A3.c zeigt die Entwicklung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP im Vergleich mit europäischen Vergleichsländern. In allen Ländern ist diese Verhältniszahl im Krisenjahr 2009 aufgrund des BIP-Rückgangs mehr oder weniger stark angestiegen. Österreich befindet sich im Jahr 2011 auf ähnlichem Niveau wie die Niederlande, Frankreich und das Vereinigte Königreich.² Niedrigere Ausgabenanteile weisen Deutschland und die Schweiz auf. Die nordischen Länder verwenden einen höheren Anteil des nationalen Wohlstands für Bildung, wobei Finnland, Schweden und Norwegen sich im Zeitverlauf angenähert haben und 2011 auf ähnlichem Niveau befinden, während Dänemark den mit Abstand höchsten Ausgabenanteil aufweist.

2 Die hier dargestellten Werte beziehen sich auf die internationale Erhebung der Bildungsausgaben von UNESCO, OECD und Eurostat (UOE). Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte unterscheiden sich die hier dargestellten Werte für Österreich von der nationalen Berechnung, die in Tabelle A3.a dargestellt ist. Für 2012 hat Eurostat bis Redaktionsschluss noch keine Werte publiziert.

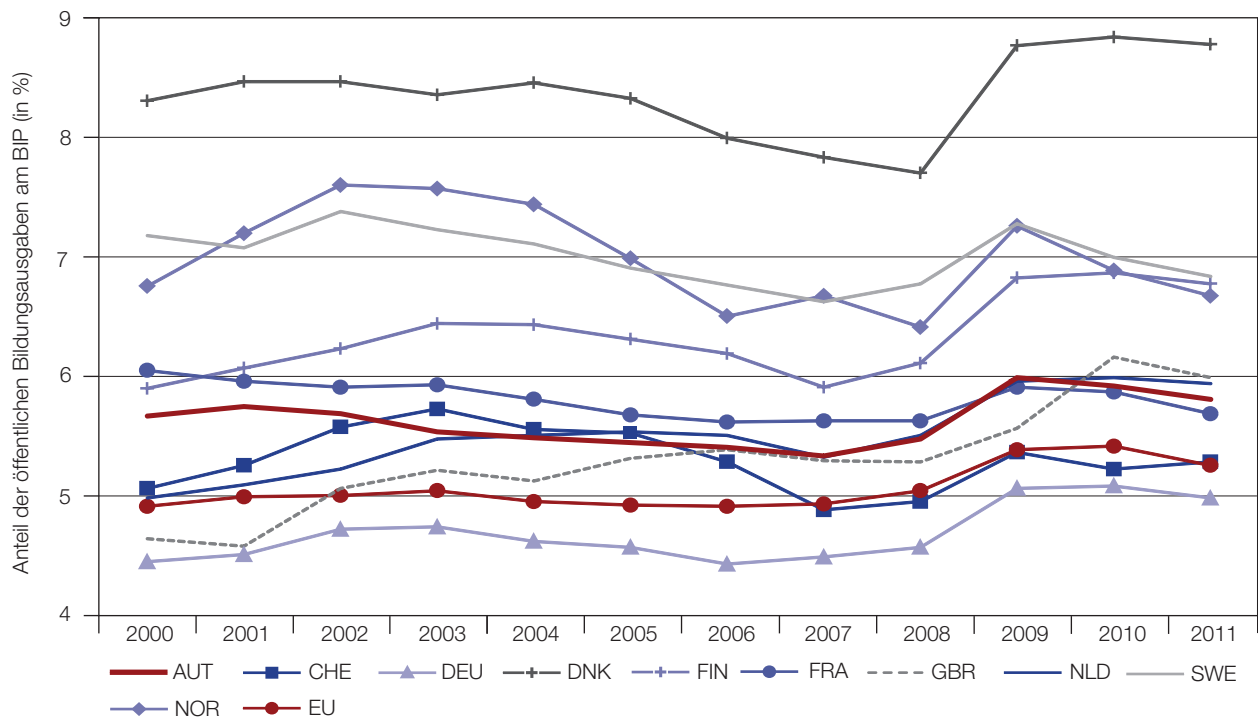
Abb. A3.b: Relative Stellung Österreichs in ausgewählten Indikatoren im Vergleich zum EU-Durchschnitt (2000 bis 2013, EU = 100)



Anmerkung: Je nach Datenverfügbarkeit bezieht sich der EU-Durchschnitt auf EU-28 bzw. EU-27.

Quelle: Eurostat. Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A3.c: Entwicklung der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (2000 bis 2011)



Anmerkung: Siehe Abb. A3.b.

Quelle: Eurostat. Berechnung und Darstellung: IHS.

A